

### **Altenlasten-Skandal: BUND begrüßt Akteneinsicht**

Der Vorstand des BUND-Kreisverbandes Hochtaunus begrüßt die Bereitschaft der verantwortlichen Oberurseler Kommunalpolitiker, endlich die Akten zu lesen, die Auskunft über die Bodenverseuchung in der Eppsteiner Straße geben können. Mitglieder des BUND-Vorstandes hatten in den vergangenen 15 Monaten sorgfältig mehrfach die Akten eingesehen, Experten zu Rate gezogen und dabei unbequeme, teils skandalöse Einzelheiten offengelegt. Als alarmierendes Ergebnis ihrer Studien haben sie ein umfangreiches Dossier verfasst. Diese Zusammenstellung von Fakten und Bewertungen eines vier Jahrzehnte alten kriminellen Umweltskandals sorgt seit Wochen für Aufsehen und Unruhe in der Taunusstadt.

In Kenntnis des komplizierten Sachverhaltes rät der BUND den Mitgliedern der Fraktionen und des Bau- und Umweltausschusses deshalb dringend, bei der Bewertung und Schlussfolgerung ebenfalls unabhängige Experten heranzuziehen. Der BUND hält eine zeitliche Beschränkung der Akteneinsicht für nicht sinnvoll und verweist im Übrigen auf das Umwelt-Informationsgesetz. Danach sind die Behörden verpflichtet, jedem Bürger umweltrelevante Informationen zu gewähren.

**In seiner jüngsten Sitzung hat der achtköpfige BUND-Kreisvorstand auch die Forderung von Oberurseler Politikern diskutiert, wonach sich der BUND-Kreisverband für bestimmte wertende Formulierungen in seinem Dossier über die Altlasten öffentlich entschuldigen müsse. Der Vorstand sieht dafür keinen Grund. Eher erscheint es ihm geboten, dass Stadtverwaltung und Politiker eingestehen, ein folgenschweres Umwelt-Verbrechen lange Zeit nicht mit der nötigen Umsicht, Entschlossenheit und Transparenz aufgegriffen und bearbeitet zu haben.**

Nach der Sitzung des Umweltausschusses fasst der BUND-Kreisvorstand seine Erkenntnisse zusammen:

1. Die Ausschussmitglieder waren zuvor nicht hinreichend informiert über die gewählte Sanierungsmethode. Dennoch hatten sie sich für die mittlerweile umstrittene Dampfdruck-Injektion der Versuchseinrichtung der Uni Stuttgart entschieden.
2. Das beauftragte Bohrunternehmen war offenkundig nicht für den Umgang mit kontaminiertem Boden zertifiziert. Die Arbeiten wurden unzureichend beaufsichtigt. Die Wirkungen wurden mangelhaft überwacht. Die Verantwortlichen sind zur Rechenschaft zu ziehen.
3. Das Grundwasser wird durch diese Sanierungsmethode zusätzlich mit leicht flüchtigen halogenierten Kohlenwasserstoffen (LHKW) belastet. Die Schutzmaßnahmen sind unzureichend. Diese Methode ist riskant.
4. Die Sorgen und Ängste der Menschen im Bereich der Eppsteiner Straße müssen ernster genommen werden. Sie dürfen nicht länger mit den belegbaren unklaren Erkrankungen allein gelassen werden.
5. Das Gesundheitsamt des Hochtaunuskreises sollte offiziell beauftragt werden, in Zusammenarbeit mit den niedergelassenen Ärzten Daten über Erkrankungen, die mit Altlasten in Verbindung gebracht werden können, im gesamten Stadtgebiet zu sammeln und ein Kataster darüber anzulegen. Ein solches Kataster gestattet in der Kombination mit systematischen Schadstoff-Messungen Rückschlüsse und Perspektiven für eine wirklich erfolgreiche Boden- und Grundwasser-Sanierung aller bekannten und noch unbekanntem

Altlasten im Stadtgebiet.

6. Die Bürger der Stadt haben einen Anspruch auf kompromisslose Offenheit ohne Rücksicht auf persönliche, Immobilien- oder Image-Interessen.